

Rede im Landtag

Es gilt das gesprochene Wort!



11.09.2014

André Kuper MdL, Bürgermeister a.D.

Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

CDU-Antrag „Finanzielle Hilfen für unwetterschädigte Kommunen (Drs. 16/6632)

In diesem Sommer sorgten zwei verheerende Unwetter für eine dramatische Situation vor Ort, verheerende Schäden und viele betroffene Bürgerinnen und Bürger. Die Unwetter verursachten hohe finanzielle Schäden, es schockiert aber vor allem auch das schreckliche Ausmaß, mit dem das Sturmtief ELA zu Pfingsten am 09.06. - und das Münster-Unwetter vom 28. Juli, unsere Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen getroffen hat. Sechs Menschen haben ihr Leben beim Sturmtief ELA, 2 Menschen beim Unwetter in Münster verloren, zudem wurden mehr als 100 Menschen verletzt, darunter auch viele Einsatzkräfte.

Bei all diesen schlimmen Nachrichten, war der Zusammenhalt in unserem Land, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der ehrenamtlichen wie hauptamtlichen Helfer bei Feuerwehr, THW, Hilfsdiensten und Kommunen beispielhaft positiv. **Ich bzw wir bedanken uns bei allen Beteiligten ausdrücklich!**

Die Folgen des ELA-Unwetters und des Münsteraner Unwetters sind in den betroffenen Städten heute noch sichtbar und gegenwärtig. Von daher muss man sich die Frage stellen, wie es mit der versprochenen Hilfe vom Land aussieht? Da sind aktuell viele Fragezeichen und gibt es schon jetzt viele Enttäuschungen im Land.

Was wurde versprochen? Am Beispiel Orkan Ela: (Münster sep.)

„Die Welt“ vom 18.06.: "Wir werden die Kommunen und Kreise damit nicht alleine lassen", sagte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) am Dienstag nach einer Kabinettsitzung in Düsseldorf. "Meine Zusage steht."

Und am 20.06.: „Innenminister Ralf Jäger hat heute den vom schweren Unwetter **geschädigten Kommunen** in NRW eine schnelle und unbürokratische Hilfe versprochen“.

Ist das „schnell“ und „unbürokratisch“, wenn erst nach 2,5 Monaten (gerechnet vom ELA-Unglück) am 25./26.08.2014 die Pläne einer möglichen Hilfe der Landesregierung vorgelegt werden? Nein – und was soll eingesetzt werden?

- 30 Mio. Euro für Ela-Beseitigung im Rhein-Ruhrgebiet, zur Hälfte aus kommunalen Mitteln finanziert
- Geringfügige Hilfen in bislang unbestimmter Höhe sind für Münster aus dem Härtefalltöpfchen der Gemeindefinanzierung im GFG in Aussicht gestellt
- Kita-Hilfen für 20 betroffene Kitas in Münster sind versprochen, wobei auch die keine Landesmittel sind, sondern vom Land bisher nicht ausgegebene Mittel des Bundes für den Kitausbau → Hilfe des Landes für Münster ist damit im Grund nicht gegeben: Fazit: Schnell wirksame wie unbürokratische Hilfe sieht anders aus!

Als Reaktion auf unseren Antrag haben Sie von den regierungstragenden Fraktionen kurzfristig ihrerseits einen EA vorgelegt.

Unsere Kritik daran:

- Zwar Soforthilfe, aber keinerlei Vorsorge für künftige Unwettersituationen: Ist das „nachhaltige Politik“? Nein, wieder einmal zu kurz gesprungen!
- 85 Gemeinden erfüllten das frei gewählte Kriterium eines 30 Prozent-Anteils der Gemeindefläche: **Aber:** 41 betroffene Kommunen bekommen gar keine Hilfe vom Land. Ist das die im Juni versprochene schnelle und unbürokratische Hilfe? Nein absolut nicht!

- Von daher darf man sich nicht über Reaktionen wie die der Stadt MARL wundern: Da ist zu lesen: "große Enttäuschung" f.d. Stärkungspaktkommune: Null Landeshilfe bei 450.000 Euro Schäden, Ablehnungsgrund: man lag nur mit 23 % der Gemeindefläche im Zentrum des Sturmtiefs, so dass das v.d. Landesregierung festgelegte 30 % - Kriterium nicht erreicht wurde. Also bekommt Marl Null, obwohl die Stärkungspaktkommune nachweislich aus eigener Kraft nicht in der Lage ist, die Kosten zu schultern. Jetzt sind Sie Minister Jäger im Wort und gefragt, eine Lösung zu finden, wir sind gespannt darauf.

Anrede: Uns allen müsste klar sein: Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass solche Unwetter leider immer wieder vorkommen. Dennoch lassen die Pläne der Landesregierung jegliche Vorsorge für zukünftige Unwetterkatastrophen vermissen. Die Kommunen brauchen aber die Sicherheit, dass sie bei künftigen Schäden durch unerwartete Unwetterereignisse nicht wieder sprichwörtlich "vom Land im Regen stehen gelassen" werden.

Wir von der CDU-Landtagsfraktion haben aus diesem Grund ein eigenes Hilfskonzept erarbeitet und einen 200 Millionen Euro schweren ,Kommunalen Unwetterfonds zusätzlich und neben der Soforthilfe vorgeschlagen, den das Land zum 1. Januar 2015 einrichten soll. Dieser kommunale Unwetterfonds soll partnerschaftlich von Land und allen Städten und Gemeinden finanziert werden. Beim Lesen des Antrages finden Sie die Details der sehr soliden Finanzierung unseres Vorschlages.

Wir brauchen jetzt eine konkrete Lösung und keine regierungstaktischen Plattitüden wie Ihren EA, den wir ablehnen müssen, da sie zu kurz springen, nur eine Soforthilfe realisieren, aber keine Dauervorsorge für künftige Unwetterereignisse schaffen.